

Dr. Tobias Peters und Dr. Tim Voss

Da ist noch Luft nach oben

Gründungsgeschehen in Bremen und Bremerhaven

In aller Kürze:

Das Gründungsgeschehen ist wichtig für die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt, die Förderung im Land Bremen wurde neu aufgestellt. Zwar sind Bremen und Bremerhaven nach wie vor keine Hotspots der Szene, jüngste Zahlen lassen jedoch Fortschritte vermuten. Gleichwohl fehlt weiterhin die Möglichkeit zur transparenten Erfolgskontrolle, obwohl gerade die Qualität der Gründungen entscheidend ist. Auch werden beschäftigungspolitische Aspekte zu selten einbezogen – sowohl in die Beratung wie in Förderstrategien und die Analyse.

Innovative Neugründungen: wichtig für einen erfolgreichen Strukturwandel

➔ Fast 550.000 Existenzgründerinnen und Existenzgründer gab es nach Angaben des KfW-Gründungsmonitors 2018 in Deutschland. Der Anteil von „Notgründungen“, die aus Mangel an Erwerbsalternativen entstehen, sinkt seit Jahren kontinuierlich, stattdessen weisen „Chancengründungen“ einen positiven Trend auf. Solche Gründungen, bei denen die Verwirklichung einer Geschäftsidee im Vordergrund steht, sind häufig innovativ, digital und wachstumsorientiert. Auch haben sie bessere

Chancen, sich langfristig am Markt zu behaupten. Von allen Existenzgründungen werden rund 30 Prozent innerhalb der ersten drei Jahre wieder beendet. Zwar gab es zuletzt durch die guten Beschäftigungsperspektiven insgesamt weniger Gründungen, relevant für die Bewertung des Gründungsgeschehens ist jedoch nicht die reine Zahl, sondern vor allem die Qualität der Gründungen. Und die spiegelt sich auch in der wirtschaftlichen Substanz wider, die sich zum einen in der Art der Gründung, zum anderen in der Anzahl der Beschäftigten ablezen lässt. Zwar firmiert die Mehrheit der Existenzgründungen zunächst als Solo-Unternehmen, laut KfW-Gründungsmonitor haben Neugründerinnen und Neugründer 2018 jedoch – zusätzlich zu ihren eigenen – fast 220.000 vollzeitäquivalente Arbeitsplätze geschaffen. „Arbeitgebergründungen“ sind vor allem solche, die sich im Vollerwerb abspielen, bei denen die Gründerin oder der Gründer sich also voll auf das Gründungsprojekt konzentriert. Ihre Zahl legte 2018 auf 255.000 Personen zu, während Nebenerwerbsgründungen im fünften Jahr in Folge abnahmen. Zudem gab es wieder mehr Existenzgründungen durch Frauen. Ihr Anteil liegt nun bei 40 Prozent.

All dies zeigt, dass das Gründungsgeschehen ein wichtiger Faktor im fortwährenden Strukturwandel ist. Denn Kennzeichen des Strukturwandels ist auch, dass die Geschäftsmodelle von Unternehmen oder ganzen Branchen nicht mehr tragen und neue entstehen. Die Wirtschaftsstruktur erfährt dadurch bestenfalls eine wichtige Belebung. Von erfolgreichen Gründungen profitieren natürlich auch die Standorte – durch Wertschöpfung und Beschäftigung. Wirtschaftspolitisch ruhen deshalb große Hoffnungen auf der Gründer- und vermehrt auch auf der Gründerinnenszene. Sie sollen wichtige Impulse geben für Innovativität, Wettbewerbsfähigkeit und Renommee. Auch wenn die positiven Effekte bisweilen überschätzt werden, gilt es doch als belegt, dass Gründungen für moderne und zukunftsfähige Wirtschaftsräume einen entscheidenden Beitrag leisten können.¹ Die Effekte auf dem Arbeitsmarkt werden dabei zwar stets betont, beschäftigungspolitische Aspekte der Gründungsförderung finden allerdings noch zu selten Beachtung. Was für Gründungen selbst gilt, gilt aber auch für die Arbeitsplätze: Entscheidend ist die Qualität.

Gerade für Bremen und Bremerhaven, die einen tief greifenden Strukturwandel mitmachen, ist das Gründungsgeschehen von besonderer Bedeutung. Erfolgreiche, weithin sichtbare und innovative Gründungen können eine gewisse Strahlkraft verleihen, wirken auf ein junges und kreatives Klientel anziehend, machen Städte erfolgreich. Es wurde erkannt, dass ein vitales „Gründungs-Ökosystem“ die Krisenanfälligkeit verringert, Abhängigkeit von traditionellen Bestandsindustrien abbaut und die Resilienz der hiesigen Wirtschaftsstruktur stärkt, indem sie auf breitere Beine gestellt wird.

„Grüne“ Gründungen: Chance für Bremen und Bremerhaven

Vor dem Hintergrund der ökologischen Wende wächst der Bedarf an „grünen“ Produkten, Verfahren und Dienstleistungen. Dies spiegelt auch die Entwicklung der Betriebsgründungen in der „Green Economy“ wider. Im Bereich der grünen Start-ups mit innovativer Geschäftsidee und hohem Wachstumspotenzial schneidet das Land Bremen gut ab. 27 Prozent der im Jahr 2018 gegründeten Bremer Start-ups werden als „grün“ kategorisiert und leisten einen gezielten Beitrag zum Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz. Dieser Wert liegt über dem bundesweiten Durchschnitt. Immerhin fünf Prozent aller deutschlandweit rund 6.000 „grünen“ Start-ups, die in den vergangenen zehn Jahren gegründet wurden, sind in Bremen ansässig. Damit liegt das Land Bremen in der Kategorie Start-ups vor Flächenländern wie Hessen (vier Prozent) und Rheinland-Pfalz (drei Prozent).¹ Abseits der innovativen, stark wachstumsorientierten Gründungen lässt die grüne Gründungsintensität im Land Bremen allerdings zu wünschen übrig. Insgesamt weist Bremen zusammen mit Nordrhein-Westfalen die niedrigste Intensität aller Bundesländer aus. Als länderspezifische Einflussfaktoren für grüne Gründungen gelten die jeweilige Wirtschafts- und Forschungsinfrastruktur, Förderbedingungen und solche Standortfaktoren, die für Energieverwender relevant sind.²

1 Vgl. Fichter/Olteanu (2019).

2 Vgl. Trautwein/Fichter/Bergset (2018).

1 Kay (2019) merkt kritisch an, dass ein pures Mehr an Gründungen nicht zwingend positive volkswirtschaftliche Effekte hat.



Bremen und Bremerhaven: erste Erfolge, aber Kennzahlensystem weiterhin ungenügend

Um potenzielle Gründerinnen und Gründer bedarfsgerecht zu unterstützen und ein „Wachstum von innen“ zu forcieren, wurde die Förderung im Land Bremen neu aufgestellt. Im Mittelpunkt der neuen Strategie steht das 2018 geschaffene Starthaus, unter dessen Dach alle Angebote der Gründungsförderung gebündelt werden sollten. Eine Neuausrichtung war nötig geworden, nachdem Bremen und Bremerhaven im Wettbewerb um Start-ups

zunehmend den Anschluss zu verlieren drohten. Eine Studie aus dem Jahr 2017 wies Bremen im Vergleich der zwölf größten deutschen Wirtschaftsmetropolen auf dem vorletzten Platz beim Gründungsgeschehen aus, in wissensintensiven Dienstleistungen, wie auch der nochmals herausgehobenen IT-Branche, die als besonders innovativ gilt und in der die Beschäftigtenzahlen nach der Gründung schnell steigen, wurde Bremen als Schlusslicht geführt. Insgesamt schnitt die Hansestadt bei Gründungen in der digitalen Wirtschaft schlecht ab, einzig bei forschungsintensiven Industrien lag Bremen noch leicht über dem Durchschnitt.² Nicht nur in Hotspots wie Berlin,

2 Vgl. DIW (2017).

Hamburg oder München tummeln sich bis heute weitaus mehr junge Existenzgründerinnen und Existenzgründer, auch andere Städte haben sich in der Szene einen Namen gemacht und besetzen geschickt Nischen. Dennoch scheinen die vermehrte Aufmerksamkeit und die systematischere Herangehensweise, die der Gründungsförderung in Bremen mittlerweile zuteilwird, erste Früchte zu tragen. Der starke Anstieg von Gewerbebeanmeldungen darf dabei sicherlich noch nicht alleinig dem Starthaus zugeordnet und ohnehin nicht überbewertet werden.

Laut Gewerbeanzeigenstatistik, in der Freiberufler nicht geführt werden, wurden 2018 im Land mit 6.816 Anmeldungen fast 2.500 Gewerbe mehr angemeldet als noch 2017, was einen Höchststand seit 2004 bedeutet. Der gleichzeitig ebenfalls sprunghafte Anstieg der Gewerbebeanmeldungen auf fast 5.000 lässt allerdings einen nicht zu unterschätzenden „Drehtür-Effekt“ vermuten und offenbart die Schwächen der Statistik.

Wie werden Gründungen gezählt?

Als (Existenz-)Gründung gilt allgemein die Aufnahme einer neuen, beruflich und/oder unternehmerisch selbstständigen Tätigkeit, die meist mit der Anmeldung eines Gewerbes verbunden ist und in Studien unterschiedlich erfasst wird. Die Gewerbeanzeigenstatistik unterscheidet zwischen „echten Betrieben“, Kleingewerbebeanmeldungen zum Vollerwerb und solchen im Nebenerwerb. Da jedoch auch Gewerbe angemeldet, aber nicht ausgeübt werden, ist die Anzahl der Gründungen in der Gewerbeanzeigenstatistik einerseits überschätzt, andererseits fehlen Informationen über nicht meldepflichtige Wirtschaftsbereiche wie etwa die freien Berufe. Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn versucht daher, für seine Statistik die Gewerbeanzeigen bestmöglich zu bereinigen und ergänzt sie um Auswertungen der Finanzverwaltungen der Bundesländer, um neben dem gewerblichen Bereich auch die freien Berufe – Apotheker, Architektin, Notar et cetera – und die Land- und Forstwirtschaft einzubeziehen. Auch beispielsweise das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)¹ hat die Gewerbeanzeigen als Basis. Daneben existieren verschiedene Befragungen zum Gründungsgeschehen. Die jährliche Erhebung im KfW-Gründungsmonitor zählt mit 50.000 Personen zu den umfangreichsten. Gründungen werden dabei breit erfasst: Voll- und Nebenerwerb, Freiberufler und Gewerbetreibende, Neugründung und Übernahme. Auch sehr viele

andere Studien – wie der Startup Monitor oder der Global Entrepreneurship Monitor – haben Befragungen als Grundlage.² In Deutschland existiert keine alle Tätigkeitsbereiche umfassende amtliche Gründungsstatistik. Die Informationen über die Zahl der jährlichen Gründungen unterscheiden sich je nach verwendeter Datenquelle erheblich.³ Auch wird der Begriff Start-up uneinheitlich verwendet. Er wird oft auf Gründungen mit „größerer wirtschaftlicher Bedeutung“ in den letzten fünf Jahren und einem Fokus auf die Digitalwirtschaft bezogen.⁴ Die Definitionen variieren jedoch beträchtlich. Laut Borderstep Institut für Innovation und Nachhaltigkeit sind grüne Start-ups jünger als zehn Jahre, (sehr) innovativ und verfügen über ein geplantes Mitarbeiter- beziehungsweise Umsatzwachstum. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie „mit ihren Produkten, Technologien und/oder Dienstleistungen einen Beitrag zu den ökologischen Zielen einer Green Economy leisten“⁵.

1 Vgl. DIW (2017).

2 Vgl. PwC (2019); RKW (2019).

3 Zu den unterschiedlichen Vor- und Nachteilen vgl. DIW (2012).

4 Vgl. KfW (2020).

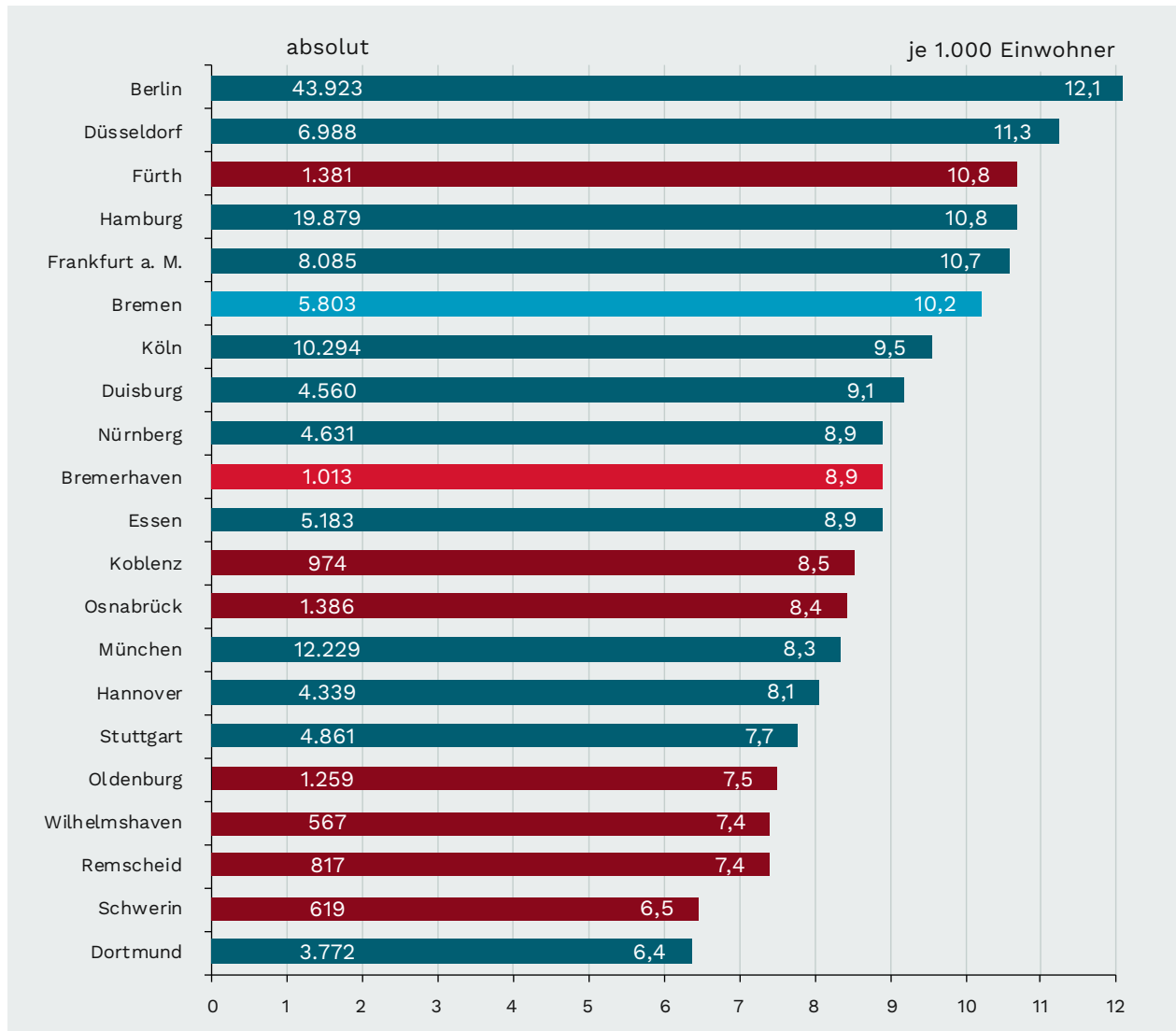
5 Fichter/Olteanu (2019).

Die Aussagekraft dieser Zahlen ist eingeschränkt. Dennoch: Ein genauerer Blick zeigt, dass auch die Neugründungen in wissens- und forschungsintensiven Bereichen – wie beispielsweise den IT-Dienstleistungen – gestiegen sind. Es fanden zudem mehr „echte“ Betriebsgründungen mit Hauptniederlassung statt, der Anteil an Nebenerwerbsgründungen sank. Der Befund hält also durchaus auch einer

qualitativeren Prüfung stand. In einem Ranking sämtlicher Gewerbeanmeldungen in 2018 liegen sowohl Bremen wie auch Bremerhaven in der Spitzengruppe ihrer jeweiligen Vergleichsstädte und oberhalb des Bundesdurchschnitts von 8,1 Anmeldungen je 1.000 Einwohner.

Abbildung 1:
Gewerbeanzeigen 2018

in Bremen und Bremerhaven sowie ihren Vergleichsstädten*



Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik

* Für Bremen (blau): 15 größte Städte ohne Leipzig und Dresden, für die keine Daten vorlagen. Für Bremerhaven (rot): ausgewählte Städte.

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Erfreulich ist, dass der Transfer aus den Hochschulen immer besser zu gelingen scheint. So liegt die Universität Bremen laut PwC-Startup-Monitor 2019 unter den Top-10-Gründerhochschulen und befindet sich dort in illustrierender Gesellschaft. Auch der Stifterverband³ nennt die Universität als eine Top-Hochschule bei den Gründungsaktivitäten. Ausgründungen aus der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft sind häufig innovativ und bringen technische oder digitale Neuheiten hervor. Verstärkt auf das Thema Gründungen setzt auch die Hochschule Bremerhaven und hat sehr erfolgreich den Studiengang „Gründung, Innovation, Führung“ ins Leben gerufen. Rund 150 Studierenden wird in einer „Team Academy“ nicht nur Wissen vermittelt, mit großem Praxisbezug werden ihre realen Gründungsvorhaben begleitet. Ähnliche Ansätze verfolgen die Digilab Innovationsprojekte als ein Gründungszentrum an der Universität oder das an der Hochschule Bremen geplante StartUpLab.

Mit der Neuausrichtung der bremischen Gründungsförderung sollte auch eine Umstellung des Kennzahlensystems einhergehen. Eine amtliche Statistik, die das Gründungsgeschehen vollumfänglich widerspiegelt, existiert nicht, es muss zumeist auf bundesweite Befragungen zurückgegriffen werden. Evaluation und strategische Ausrichtung werden so aber erschwert. Das Ziel war es daher, die statistische Datenbasis zu verbessern und ein griffiges Gesamtbild zeichnen zu können. Diesem Anspruch wird das Starthaus bislang allerdings nicht gerecht. Um beispielsweise nachzuvollziehen, inwieweit das ausgegebene Ziel, Frauen gezielter zu unterstützen erreicht wurde, müsste ihr Anteil an den Gründungen ausgewiesen werden. Eine Bewertung des Beitrags zum Strukturwandel verlangte mindestens eine Erhebung über die Branche der Gründung. Die vollständigen Informationen hierzu fehlen aber ebenso wie jene über Aspekte von Beschäftigung, die es bräuchte, um die Impulse auf den Arbeitsmarkt zu belegen. Auch eine längerfristige und dokumentierte Begleitung wäre wünschenswert. Stattdessen werden nach wie vor Beratungen, Veranstaltungen oder Fördersummen im Berichtszeitraum gezählt. Der ermittelte Arbeitsplatzeffekt von durchschnittlich 4,2 je Gründung datiert aus dem Jahr 2014. Das Starthaus gab es damals noch nicht.

Zwar wird die Gründungsszene oft als „Ökosystem“ oder „Biotop“ beschrieben, was nicht nur ihrem Charakter mit dem Fokus auf evolutionäre Prozesse geschuldet ist, sondern auch auf ein Eigenleben und die Grenzen staatlichen Handelns hinweist. Wer sich aber den Erfolg zuschreiben will, muss den Wirkungszusammenhang zwischen Instrumenten und Ergebnissen nachvollziehbar belegen können – auch, um den Instrumentenkasten gegebenenfalls gezielt nachzurüsten. Ohne politische Ziele klar zu benennen und den Grad ihrer Erreichung transparent zu dokumentieren, gerät Wirtschaftsförderung unter verstärkten Rechtfertigungsdruck. In Bremen sind – auch von privater Seite – zahlreiche Initiativen in, aus und für die Gründungsszene entstanden; Veranstaltungen, „Inkubatoren“ und „Acceleratoren“ – es seien nur der „ESA BIC Raumfahrtinkubator“ sowie der „Digital Hub Industry“⁴ erwähnt – geben sicherlich wichtige Impulse und befruchten das hiesige Ökosystem, ohne dass ihre Wirkungen einfach quantifizierbar sind. Dennoch gibt es deutliches Verbesserungspotenzial bei den Erfolgsindikatoren. Sie sind auch deshalb nötig, um der organisatorischen Neuausrichtung in der Gründungsförderung eine konzeptionelle folgen zu lassen. Die Politik sollte dabei die Ziele klarer vorgeben: Was verspricht sie sich vom Gründungsgeschehen und dessen Förderung, was soll in welchen Bereichen konkret erreicht werden?

3 Vgl. Stifterverband (2019).

4 Vgl. Bremische Bürgerschaft (2020).

Gründungen im Lebensmittelgewerbe: Erfolgsgeschichten aus Bremen

Neben der Green Economy als einem Bereich, in dem für Bremen und Bremerhaven nicht nur vor dem Hintergrund aktueller Klimadebatten sicherlich besondere Potenziale schlummern, liegt ein Fokus des Gründungsgeschehens im Zwei-Städte-Staat auf der Nahrungs- und Genussmittelbranche. Dass Bremen und Bremerhaven in diesem Segment eine lange Tradition und Expertise haben, ist für den Standort ein Vorteil, durch die Branchenstruktur bieten sich Chancen für Neugründungen und Nischenprodukte. Jedoch haben Start-ups in der Lebensmittelherstellung oftmals einige Hürden zu überwinden, da viele Besonderheiten, Auflagen und Vorschriften beachtet werden müssen. Auch fallen im Bereich der Produktion vergleichsweise hohe Startinvestitionen für Maschinen an. Für den Nahrungsmittelbereich im Land Bremen soll ein Food Hub, der unter anderem Räumlichkeiten wie die „Co-Working-Produktionsküche“ bietet, bei der Bewältigung der Herausforderungen helfen und dem Standort ein Alleinstellungsmerkmal sichern. Schon in der jüngeren Vergangenheit hat Bremen hier Erfolge erzielt. Durch junge Unternehmungen aus der Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft konnten die Verluste durch den Wegfall von Arbeitsplätzen in der etablierten Nahrungsmittelindustrie zu einem guten Teil kompensiert werden; Start-ups haben hier nennenswerte Beschäftigung aufgebaut, was als Beleg für die Bedeutung von Gründungsgeschehen dienen kann.

Auch in anderen Bereichen, wie der maritimen Wirtschaft und Logistik oder der Luft- und Raumfahrt, erhofft sich Bremen einen Ausbau und das Nutzen seiner Stärken. Umkämpfte Felder, auf denen die Wirtschaftsförderung sich engagiert, sind zudem additive Fertigung, Mobilität und die Künstliche Intelligenz. Kein expliziter Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Gründungen in der Gesundheitswirtschaft.

Personalgewinnung ist die wichtigste Herausforderung für Start-ups – beschäftigungspolitische Beratung tut not

Generell wird in vielen Start-ups bezüglich der Beschäftigungsbedingungen die Qualität von tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsplätzen aber (noch) nicht erreicht. Im Zweifel wird auch in einer Start-up-Kultur kein Kicker-Tisch und kein Lounge-Sessel Arbeitszeitverstöße, verwehrte Urlaubsansprüche, fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten oder ungleiche Bezahlung aufwiegen können. Gerade in der Wachstumsphase, wenn sich die Strukturen im Unternehmen verändern, neue Hierarchieebenen entstehen oder individuelle Vereinbarungen bröckeln, helfen Mitbestimmung und Tarifverträge dabei, Konflikte zu vermeiden oder zu lösen. Und es bleibt eine Mär, dass mitbestimmte oder tarifgebundene Unternehmen an Innovationskraft verlieren. Vielmehr ist es im Wettbewerb um Personal, in dem Start-ups oft mit überschaubaren finanziellen Ressourcen mit etablierten Unternehmen oder der Wissenschaft konkurrieren, ein starkes Bekenntnis. Die Gewinnung geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter treibt Start-ups um – noch vor Finanzierungsfragen und dem Finden passender Räumlichkeiten. Es liegt auf der Hand, in die Förderung, Begleitung und Beratung von Existenzgründerinnen und -gründern beschäftigungspolitische Aspekte zu integrieren. Der von Teilen der Berliner Landespolitik geäußerte Vorschlag, nur noch Start-ups mit Tarifbindung und betrieblicher Mitbestimmung zu fördern, geht sicherlich sehr weit, da in jungen Unternehmen auch Strukturen der Interessenvertretung erst aufgebaut werden müssen. Die Förderpolitik dem Grundsatz „öffentliches Geld nur für gute Arbeit“ zu unterwerfen darf aber auch bei Gründungen nicht aus den Augen verloren werden.

Auf Bundesebene werden Ansätze diskutiert, die Mitarbeiterbeteiligung in Start-ups zu erleichtern und so Beschäftigten mehr Einfluss zu ermöglichen und sie am Erfolg finanziell teilhaben zu lassen. Gut die Hälfte der Start-ups bietet bereits Beteiligungsformen an. Allerdings geschieht dies weit überwiegend über „virtuelle Anteile“, die nur im Verkaufsfall fällig werden und wegen geringer Transparenz und Durchsetzungsmöglichkeiten für Beschäftigte weniger attraktiv sind. Echte Beteiligungen, die über Geschäftsanteile mit Gewinn-, Stimm- und Informationsrechten verbunden sind, werden weitaus seltener und vorwiegend für Beschäftigte in leitenden Positionen genutzt. Das

im Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz geregelte Instrument der Mitarbeiterbeteiligung zu reformieren, wäre daher zu begrüßen, wenn dadurch mehr Beschäftigten die Möglichkeiten echter Beteiligung eröffnet würde. Die Balance zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslöhnen wird immer strittig sein, selbst wenn in Start-ups ein besonderer Geist weht und die intrinsische Motivation hoch ist. Viel zu arbeiten wird in der Szene oft auch unter Beschäftigten als selbstverständlich angesehen. Gerade in einem solchen Umfeld sind Interessenvertretungen, die das Gebaren des Arbeitgebers kritisch begleiten, notwendig. Förderstrategien sollten daher faire Arbeitsbedingungen als Ziel formulieren – auch in Bremen.

„Die Förderpolitik dem Grundsatz ‚öffentliches Geld nur für gute Arbeit‘ zu unterwerfen darf auch bei Gründungen nicht aus den Augen verloren werden.“

Literatur

Bremische Bürgerschaft (2020): Gründen in Bremen – was ist passiert? Drucksache 20/242 vom 21.01.2020.

DIW (2012): Selbständigkeit in Deutschland: Der Trend zeigt seit langem nach oben. In: DIW Wochenbericht 4/2012, S. 3-12.

DIW (2017): In Deutschland sinkt die Zahl der Betriebsgründungen weiterhin, nicht aber in Berlin. In: DIW Wochenbericht 26/2017, S. 539-547.

Fichter, Klaus/Olteanu, Yasmin (2019): Green Startup Monitor 2018. Herausgegeben vom Borderstep Institut für Innovation und Nachhaltigkeit und dem Bundesverband Deutsche Startups e.V.

Kay, Rosemarie (2019): Gründungen in Deutschland – trotz Rückgangs noch kein Anlass zur Sorge. WISO direkt 04/2019.

KfW [= Kreditanstalt für Wiederaufbau] (2019): Gründungsmonitor 2019.

KfW [= Kreditanstalt für Wiederaufbau] (2020): KfW-Start-up-Report 2019.

PwC [= PricewaterhouseCoopers] (2019): Deutscher Startup Monitor 2019. Herausgegeben vom Bundesverband Deutsche Startups e.V.

RKW (2019): Global Entrepreneurship Monitor. Länderbericht Deutschland 2018/19.

Stifterverband (2019): Gründungsradar 2018.

Trautwein, Constanze/Fichter, Klaus/Bergset, Linda (2018): Green Economy Gründungsmonitor 2017. Entwicklung und Finanzierung grüner Gründungen in Deutschland. Herausgegeben vom Borderstep Institut für Innovation und Nachhaltigkeit und dem Bundesverband Deutsche Startups e.V.